



Sitzungsniederschrift

Gremium **Ausschuss für Umwelt, Energie, Mobilität und Verkehr**
Datum **Mittwoch, 31.08.2022**
Beginn **17:30 Uhr**
Ende **19:05 Uhr**
Ort **Aula der Gesamtschule, Bultstraße 20**
59302 Oelde

Vorsitz

Herr Uli Schwieder

Teilnehmende

Herr Norbert Austrup
Herr Antonius Brinkmann
Herr Peter Hellweg
Frau Kerstin Horstmann
Herr Benito Kohaus
Frau Hiltrud Krause
Herr Dirk Leifeld
Herr Michael Poch
Herr Bernhard Poppenberg
Frau Anna Schestak
Herr Holger Schramm
Frau Maria Pia Scuderi
Herr Christoffer Siebert
Frau Manuela Steuer
Herr Michael Zummersch
Herr Arno Zurbrüggen

Vertretung für Herrn Ludger Reckmann

Vertretung für Herrn Ludger Wiesch

Vertretung für Herrn Ron Schindler

Verwaltung

Frau Stefanie Gröne
Herr André Leson
Herr Reinhold Becker bis TOP 5
Herr Markus Berheide
Herr Andreas Langer
Herr Albert Reen bis TOP 5
Frau Karin Rodeheger bis TOP 7

Schriftführerin

Frau Sonja Steiner
Frau Klaudia Tomaszewska
Frau Vanessa Wolf

Es fehlten entschuldigt

Teilnehmende

Herr Meik Libor
Herr Andreas Nienaber
Herr Ludger Reckmann vertreten durch Herrn Michael Poch
Herr Ron Schindler vertreten durch Herrn Arno Zurbrüggen
Herr Ludger Wiesch gen. Borchert vertreten durch Frau Pia Scuderi

Inhaltsverzeichnis

Öffentliche Sitzung		Seite
1.	Einwohnerfragestunde	4
2.	Bestellung einer Schriftführerin B 2022/610/5265	4
3.	Unterhaltung des Grünstreifens zwischen den Grundstücken Stettiner Straße und Danziger Straße B 2022/III/5272	4
4.	Baumschutz in der Stadt Oelde B 2022/662/5204	6
5.	3. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung der Stadt Oelde B 2022/600/5261	8
6.	Neuaufgabe "Umwelt- und Klimaschutzpreis" der Stadt Oelde B 2022/610/5202	9
7.	Priorisierung der Umsetzung von PV-Nutzung auf städtischen Gebäuden B 2022/610/5271	9
8.	Verschiedenes	10
8.1.	Mitteilungen der Verwaltung	10
8.2.	Anfragen an die Verwaltung	11

Der Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Energie, Mobilität und Verkehr, Herr Schwieder, eröffnet die Sitzung, indem er die Bürgermeisterin Frau Rodeheger, die Klimaschutzmanagerin Frau Gröne, die Ausschussmitglieder, die Verwaltung und die Presse begrüßt.

Herr Schwieder stellt fest, dass es keine Anträge zur Tagesordnung gibt, dass frist- und formgerecht eingeladen wurde und dass das Gremium beschlussfähig ist.

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen von Bürgerinnen und Bürgern gestellt.

2. Bestellung einer Schriftführerin B 2022/610/5265

Der Vorsitzende verweist auf die Sitzungsvorlage.

Beschluss

Der Ausschuss für Umwelt, Energie, Mobilität und Verkehr bestellt einstimmig Frau Sonja Steiner zur Schriftführerin.

3. Unterhaltung des Grünstreifens zwischen den Grundstücken Stettiner Straße und Danziger Straße B 2022/III/5272

Der Vorsitzende verweist auf die Sitzungsvorlage.

Herr Becker teilt mit, dass der Beschlussvorschlag unter anderem ein alternatives Verfahren zur Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners (EPS) vorsieht. Dieses sei aber nur bedingt erfolgsversprechend, da die Nester in den Baumkronen mit dem lanzengeführten Gerät nur schwer erreichbar seien.

Als wirkungsvolles Mittel habe sich an anderen Stellen im Oelder Stadtgebiet die Benebelung mit einem Bacillus Thuringiensis-Präparat herausgestellt. Hier konnte eine positive Entwicklung

beobachtet werden. Diese Maßnahme, die allerdings nur mit maschinellem Einsatz durchgeführt werden kann, soll bei anhaltendem EPS- Befall auch weiterhin durchgeführt werden. Der Einsatz von Drohnen zur Beneblung mit dem Bacillus Thuringiensis befindet sich noch in der Testphase und muss noch auf Tauglichkeit getestet werden.

Im September wird sich ein Baumsachverständiger die Lage vor Ort anschauen und den Umfang von Rückschnittmaßnahmen an den Eichen beurteilen.

Frau Krause fragt, ob die Beneblung mit dem Präparat jährlich wiederholt werden muss. Herr Becker antwortet, dass es bei erneutem Befall jährlich wiederholt werden muss. Herr Brinkmann stimmt dem zu.

Herr Austrup fragt, was mit dem öffentlichen Gelände zwischen den Grundstücksreihen ist. Dazu entgegnet Herr Becker, dass der öffentliche Grünstreifen im Bebauungsplan von 1978 festgelegt wurde, die Bäume sind demnach zu schützen. Die Hecke muss jedoch zurückgeschnitten werden, um an die Bäume gelangen zu können.

Frau Bürgermeisterin Rodeheger teilt mit, dass sie sich vor Ort ein Bild gemacht hat. Die Zugänglichkeit ist gegeben und bei Bedarf stellen die Anlieger auch den Durchgang über ihre Grundstücke zur Verfügung.

Die Bäume sind bereits mehrfach zurückgeschnitten worden, jedoch nur in dem Maße, wie fachlich vertretbar. Wunsch der Anwohner ist hingegen ein stärkerer Rückschnitt, von dem sie sich eine größere Wirksamkeit erhoffen. Die Klärung dieser Möglichkeit soll daher durch das Gutachten des Sachverständigen hergestellt werden.

Herr Siebert fragt nach, was mit der im Beschluss erwähnten Erfolgskontrolle im Austausch mit den anliegenden Familien konkret gemeint ist.

Frau Bürgermeisterin Rodeheger antwortet, dass Maßnahmen im Austausch mit den Anliegern durchgeführt werden, so auch bei dem geplanten Gutachtertermin. Zielsetzung sei der Erhalt der Bäume und eine Reduzierung des Leidensdrucks der Betroffenen.

Herr Siebert ergänzt, dass es bereits 2019 an gleicher Stelle den gleichen Sachverhalt gab. Jeder möchte, dass die Familien weiter ihre Gärten nutzen können. Er bittet daher darum, die Grundstücke bei der Bekämpfung des EPS in eine Prioritätenliste aufzunehmen.

Frau Bürgermeisterin Rodeheger sagt dieses zu.

Herr Becker räumt ein, dass der Einsatz vom Zeitpunkt der Entwicklung der Raupen abhängig ist. Die Raupen des Eichenprozessionsspinners fressen die behandelten Blätter und nehmen somit den Bacillus auf, der als Häutungshämmer wirkt und die Raupen an ihrer weiteren Entwicklung hindert. Die Grundstücke ständen bereits in der Prioritätenliste weit oben, jedoch sind Baumkletterer für die EPS-Bekämpfung grundsätzlich schwer verfügbar. Für das kommende Frühjahr steht Herr Becker schon jetzt in Kontakt, ebenso mit dem Schädlingsbekämpfer.

Frau Horstmann fragt nach, ob die Anlieger auch bezüglich der Einhaltung von Grundstücksgrenzen angeschrieben worden sind bzw. werden sollen. Herr Leson antwortet, dass die Erreichbarkeit der Grabenparzelle und der darauf befindlichen Eichen sichergestellt sein muss und die dazu erforderlichen Maßnahmen durchgeführt werden.

Herr Hellweg erkundigt sich über den aktuellen Zustand des Mühlenteichs unter der derzeit vorherrschenden Hitze und Trockenheit.

Herr Leson erwidert daraufhin, dass der Zustand aktuell weniger kritisch ist. Der Sauerstoffgehalt des Gewässers werde regelmäßig gemessen und auch das Entfernen der Organik aus dem See habe geholfen. Zudem laufen die Belüfter im Gewässer ständig.

Beschluss

Der Ausschuss für Umwelt, Energie, Mobilität und Verkehr spricht sich einstimmig gegen die Fällung der Eichen entlang des Grünstreifens aus und beauftragt die Stadt Oelde mit der Durchführung folgender Maßnahmen:

- Kurzfristige Hinzuziehung eines Baum-Sachverständigen,
- Vornahme eines maximal möglichen, baumerhaltenden Rückschnitts nach Vorgabe des Gutachters,
- Einsatz von alternativen Verfahren zur Beseitigung des Eichenprozessionsspinners soweit wirkungsvoll und machbar,
- Erfolgskontrolle im Austausch mit den anliegenden Familien.

Hierfür werden die nötigen Finanzmittel im Rahmen der Haushaltsplanung bereitgestellt.

4. Baumschutz in der Stadt Oelde B 2022/662/5204

Herr Leson trägt den Sachverhalt vor.

Ziel der Baumschutzsatzung sei es, den Schutz großer Bäume zu gewähren. Im Jahr 2014 wurde die Satzung aufgehoben. Seitdem erreichen die Verwaltung immer mehr Anfragen aus der Bürgerschaft zu den Regelungen hinsichtlich Baumfällungen auf privaten Grundstücken.

Herr Becker nennt ein Beispiel vom Oelder Nordring. Dort zeigen Luftbilder zwischen den Jahren 2015 und 2019 eine Veränderung. Im Bereich der verdichteten Bebauung mit Mehrfamilienhäusern wurden dort etwa 20 bis 25 große Bäume gefällt.

Herr Zurbrüggen zweifelt die signifikante Zahl an. Er fragt an, warum gerade jetzt eine Satzung entworfen werden soll, wo im Januar ausführlich darüber diskutiert wurde. Am 24.11.2019 habe die Fraktion der Grünen einen Antrag gestellt, einen Bürgerwald zu errichten, bisher sei in dieser Sache noch nichts unternommen. Er fragt, ob dieses nicht die bessere Wahl anstelle einer neuen Satzung sei.

Frau Horstmann merkt an, dass einige Zuhörer durch Reden und Umherlaufen stören. Daraufhin bittet Herr Schwieder um Ruhe.

Frau Steuer teilt mit, dass sich die FWG-Fraktion noch in der Abstimmungsphase befindet. Sie gibt zu bedenken, dass im Vorgriff der Satzung mehr Bäume gefällt werden könnten.

Herr Leson wiegt dem gegenüber ab, dass eine Satzung zum Schutz der Bäume eine Möglichkeit sei, mehr Bäume zu erhalten. Jedoch sei nicht auszuschließen, dass vor Inkrafttreten der Satzung mehr Bäume gefällt werden könnten.

Ein neuer Bürgerwald stelle keinen Ersatz für eine Baumschutzsatzung dar, ein großer vitaler Baum ist viel wertvoller und durch Neupflanzungen, wie zum Beispiel im Rahmen eines Bürgerwaldes, nicht zu ersetzen. Es dauert Jahrzehnte, bis ein neu gepflanzter Baum die gleiche Wohlfahrtswirkung entfaltet.

Herr Poppenberg erklärt, dass er grundsätzlich gegen eine erneute Baumschutzsatzung ist. 2014 wurde diese aufgehoben, da es immer wieder Streitigkeiten gab. Er erläutert, dass jeder Bürger dem Erhalt von Bäumen zustimmt, dort, wo sie sinnvoll sind. Herr Poppenberg fügt hinzu, dass Bäume erst wertvoll sind, wenn sie ca. 50 bis 60 Jahre alt sind. Ferner regt er an, dass bei der Neupflanzung von Bäumen vorher genau geschaut werden sollte, welche Sorten gepflanzt werden, die sich den heutigen Klimageschehnissen anpassen.

Frau Bürgermeisterin Rodeheger befürwortet, dass vitale Bäume, die keine Beeinträchtigung darstellen, nicht gefällt werden dürfen. Thema der heutigen Ausschusssitzung sei nicht die Satzung, sondern die Frage, ob eine Satzung erstellt wird. Daher ist heute Raum für einen Meinungsaustausch gegeben.

Herr Leson ergänzt, dass es bei jeder Satzung Ausnahmen gibt. In besonderen Fällen dürfe ein Baum gefällt werden.

Herr Siebert wünscht, dass keine Bäume gefällt werden, sondern mehr Bäume gepflanzt werden. Er plädiert für eine Freiwilligkeit statt Reglementierung. Die Stadtverwaltung sollte eine Pflanzaktion starten.

Herr Leifeld teilt mit, dass die Fraktion der Grünen sich gefreut habe, als der Vorschlag von der Stadtverwaltung kam. Nun ist er entsetzt, wie hierauf reagiert wird. Es wird der ökologischen Wirkung nicht gerecht, wenn für einen großen gefällten Baum zwei neue kleine Bäume gepflanzt werden.

Herr Zurbrüggen bedankt sich bei Herrn Leson und Herrn Siebert für die Darstellung und möchte aufgrund der dünnen Datenlage keine Zustimmung für die Satzung erteilen.

Herr Leson ergänzt, dass die präsentierten Zahlen von der Stadt Oelde sind und sich nur auf ein kleines Gebiet in der Stadt bezögen. Der Rückgang großer Bäume sei aber auch ohne Zahlen offensichtlich.

Frau Schestak teilt mit, dass eine Baumschutzsatzung einen zusätzlichen Aufwand für die Stadtverwaltung und die Bürger darstelle. Sie persönlich ist froh darüber, in ihrem eigenen Garten einen großen Baum stehen zu haben. Viele Menschen sind zu bequem, um die Bäume zu schützen. Den zusätzlichen Aufwand solle man in Kauf nehmen für die nächste Generation.

Herr Brinkmann möchte den Geist wieder wecken für Grün und Klimaschutz. Die Entscheidungen über Baumfällungen seien oft willkürlich, die Verfolgung im Sinne einer Satzung ist aber fragwürdig.

Frau Horstmann teilt mit, dass jeder Baum geschützt werden muss, gerade im privaten Bereich. Häufig werden Bäume gefällt und große Rasenflächen entstehen.

Herr Siebert ist verwundert, dass es beispielsweise eine Vorgartensatzung gibt, diese aber kaum kontrolliert wird. Er wünscht sich, dass die Verwaltung diese mehr kontrolliert und einbringt.

Frau Krause erklärt, dass eine Baumschutzsatzung dazu beiträgt, zu überlegen, ob ein Baum wirklich gefällt werden muss.

Herr Schwieder zieht eine Zwischenbilanz. Er hat den Eindruck, zu manchen Kontexten fehlt es an Informationen. Er schlägt vor, den Tagesordnungspunkt zu vertagen und bittet um Beratungen in den Fraktionen. Frau Steuer stimmt zu und beantragt eine Vertagung.

Beschluss

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Mobilität beschließt einstimmig, die Entscheidung über den Beschluss auf die nächste Sitzung des Ausschusses am 16.11.2022 zu vertagen.

5. 3. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung der Stadt Oelde B 2022/600/5261

Herr Leson stellt den Sachverhalt dar. Hierzu gab es keine Anmerkungen oder Fragen.

Beschluss

Der Ausschuss für Umwelt, Energie, Mobilität und Verkehr empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde einstimmig folgende Beschlussfassung:

Der Rat der Stadt Oelde beschließt die als Anlage beigefügte 3. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgungssatzung in der Stadt Oelde.

6. Neuauflage "Umwelt- und Klimaschutzpreis" der Stadt Oelde B 2022/610/5202

Frau Gröne erläutert den Sachverhalt.

Frau Steuer findet es gut, dass man hier das Engagement hinsichtlich Klimaschutz würdigen möchte. Sie gibt den Hinweis, dass man anhand von Bildern auf der Internetseite zeigen soll, was geleistet wird. Herr Siebert unterstützt den Vorschlag und ergänzt, dass es in der heutigen Zeit eine höhere Aufmerksamkeit gibt als in der Vergangenheit.

Beschluss

Der Ausschuss für Umwelt, Energie, Mobilität und Verkehr stimmt einstimmig dem Vorschlag der Verwaltung über die Neuauflage des Umwelt- und Klimaschutzpreises der Stadt Oelde zu. Zudem wird der Sperrvermerk bei der Haushaltsstelle 14.01.01.5318010 für das Budget in Höhe von 2.500 Euro aufgehoben.

7. Priorisierung der Umsetzung von PV-Nutzung auf städtischen Gebäuden B 2022/610/5271

Herr Langer trägt den Sachstand sowie das Ergebnis der Studie zur PV-Nutzung auf städtischen Liegenschaften vor.

Herr Schwieder fragt nach, wie viele Anlagen pro Jahr mit einem Budget von 100.000 Euro angeschafft werden können. Herr Langer antwortet, dass jährlich zwei große Anlagen installiert werden können. Die Kosten für die Anlage am TMG beliefen sich auf 30.000 Euro.

Frau Steuer fragt nach, ob für das Rathaus bereits eine statische Prüfung vorliegt. Darauf teilt Herr Langer mit, dass die Anlage auf den flachen Vordächern sowie auf dem Dach des Ratssaales angebracht werden soll. Hier müsse die Statik aber noch geprüft werden.

Herr Zurbrüggen sieht es positiv, den Eigenverbrauch des Rathauses mit diesen Maßnahmen zu decken und fragt an, ob Räumlichkeiten für Speicherkapazitäten vorhanden sind. Es mache nur Sinn, wenn der Energiebedarf auch vorhanden sei.

Herr Langer antwortet, dass der Energiebedarf vorhanden sei, zum Beispiel können nachts die E-Autos hiermit geladen werden.

Beschluss

Der Ausschuss für Umwelt, Energie, Mobilität und Verkehr empfiehlt einstimmig dem Rat der Stadt Oelde folgende Beschlussfassung:

Der Priorisierung der Umsetzung von PV-Nutzung auf städtischen Gebäuden, unter Vorbehalt der technischen Machbarkeit, wird zugestimmt.

8. Verschiedenes

8.1. Mitteilungen der Verwaltung

Frau Gröne gibt einen Sachstand über die Förderprogramme der Stadt Oelde. Alle Angebote werden derzeit gut angenommen. Das Förderprogramm für Stecker-Solar-Geräte sei besonders erfolgreich angelaufen und innerhalb von zwei Monaten ausgeschöpft gewesen.

Ferner teilt sie mit, dass es derzeit viele Anrufe zum Thema Energieberatung gäbe. Viele Verbraucher seien verunsichert hinsichtlich der Energiepreise. Hier wünschen sich die Bürger Unterstützung.

Frau Gröne berichtet über die Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes sowie über den „Wattbewerb“, dessen Ziel es ist, den Ausbau von PV-Anlagen voranzubringen. Hier belegt die Stadt Oelde derzeit den 33. Platz.

Zum 01.11.2022 bekommt Frau Gröne Verstärkung, eine neue Mitarbeiterin für den Aufgabenbereich Klimaschutz tritt ihre Stelle an.

Herr Siebert möchte wissen, ob aufgrund der großen Nachfrage nach Förderung von Stecker-Solar-Geräten, die Möglichkeit besteht, durch einen außerordentlichen Antrag nochmals Mittel in 2022 freizugeben.

Herr Poppenberg fragt, ob es eine Warteliste für das Förderprogramm der Stecker-Solar-Geräte gibt. Frau Gröne verneint die Frage. Sollte das Förderprogramm fortgeführt werden, erhält jeder Antragsteller die gleiche Chance.

Herr Leson schlägt vor, zu prüfen, 10.000 Euro der Fördermittel für die Dach- und Fassadenbegrünung in das Budget zur Förderung von Stecker-Solar-Geräte umzuwandeln. Der Fördertopf für Dach- und Fassadenbegrünung beträgt dieses Jahr noch 20.000 Euro und würde höchstwahrscheinlich nicht ausgeschöpft werden.

Herr Poppenberg fragt nach, wer dann zuerst berechtigt wäre, Fördermittel zu erhalten. Frau Gröne antwortet, dass es für die neuen Fördermittel eine Bekanntmachung geben werde, damit diese wieder allen Bürgern zur Verfügung stehen können.

Daraufhin empfiehlt der Ausschuss einstimmig, 10.000 Euro des Förderprogrammes „Dach- und Fassadenbegrünung“ für das Förderprogramm „Stecker-Solar-Geräte“ bereit zu stellen. Frau Gröne ergänzt, dass sie die notwendigen Vorbereitungen trifft und die Mittel zum 01.10.2022 freigeschaltet werden sollen.

Herr Leson teilt mit, dass der Rat möglicherweise schon in seiner nächsten Sitzung am 12.09.2022 hierfür seine Zustimmung erteilen kann.

Anmerkung: Da die Tagesordnung für die kommende Ratssitzung bereits veröffentlicht war, wurde im Nachgang zur Sitzung entschieden, über den Beschluss in der Ratssitzung am 24.10.2022 abstimmen zu lassen und das Programm nach positiver Beschlussfassung am 01.11.2022 fortzusetzen

8.2. Anfragen an die Verwaltung

Es gibt keine Anfragen an die Verwaltung.

gez. Uli Schwieder
Vorsitzender

gez. Sonja Steiner
Schriftführerin